

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	iuscomm
NO_DOC_EXT:	2018-XXXXXX
SOFTWARE VERSION:	9.6.5
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	zentrale@iuscomm.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

## Konzessionsbekanntmachung

### Dienstleistungen

Richtlinie 2014/23/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber**

I.1) **Name und Adressen**

Komm.Pakt.Net - Kommunalanstalt de öffentlichen Rechts

Neue Str. 40

Ulm

89073

Deutschland

Kontaktstelle(n): Jens Schilling

Telefon: +49 7312705260

E-Mail: [ausschreibung@kommpaktnet.de](mailto:ausschreibung@kommpaktnet.de)

NUTS-Code: DE145

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.kommpaktnet.de>

I.3) **Kommunikation**

Der Zugang zu den Auftragsunterlagen ist eingeschränkt. Weitere Auskünfte sind erhältlich unter:

[www.deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Gemeinsame selbstständige Kommunalanstalt nach § 24 a GKZ BW

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Dienstleistung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Überlassung passiver Infrastrukturen zur Breitbandversorgung durch Komm.Pakt.Net im Wege der Pacht zur Erbringung von Breitbanddienstleistungen im Zollernalbkreis

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

64214400

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Überlassung passiver Infrastrukturen zur Breitbandversorgung durch Komm.Pakt.Net im Wege der Pacht zur Erbringung von Breitbanddienstleistungen im Zollernalbkreis

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

**II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)****II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE143

**II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:**

Es ist beabsichtigt, den Betrieb und die Erbringung von Endkundendiensten (Internet, Telefonie, Fernsehen) im Wege der Pacht über kommunale Hoch- und Höchstgeschwindigkeitsnetze nebst Backbonenetz zur Breitbandversorgung im Zollernalbkreis

im Verhandlungsverfahren mit vorherigem öffentlichen Teilnahmewettbewerb nach der Verordnung über die Vergabe von Konzessionen (Konzessionsvergabeverordnung – KonzVgV) in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung geltenden Fassung (vgl. BGBl. 2016, S. 624, 683 ff., zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 18.07.2017, BGBl. I S. 2745) zu vergeben.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die Konzession wird vergeben auf der Grundlage der Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

**II.2.6) Geschätzter Wert****II.2.7) Laufzeit der Konzession**

Laufzeit in Monaten: 180

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben****Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben****III.1) Teilnahmebedingungen****III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente: Eine Bescheinigung nach § 6 TKG oder entsprechende Eigenerklärung.

**III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung über das Bestehen oder Vorlage einer Bankerklärung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung und Vermögensschadenversicherung mit einer Mindestdeckungssumme für Personenschäden in Höhe von 10.000.000,00 Euro je Einzelfall für Personen- und Sachschäden und für Vermögensschäden in Höhe von 1.000.000,00 Euro je Einzelfall im Falle der Zuschlagserteilung gemäß Ziffer 2. der Bewerbung. Bei Bewerbergemeinschaften sind, sofern keine Berufs- und Vermögenshaftpflichtversicherung der Bewerbergemeinschaft selbst besteht, die Mindestanforderungen an die Versicherungssummen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Bei Unterauftragnehmern erfolgt eine Addition der Umsätze nur nach Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen der Unterauftragnehmer.

- Eigenerklärung über den Jahresumsatz einschließlich Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrages sowie Informationen über Bilanzen gemäß Formblatt Ziffer 7. zur Bewerbung.

- Der Mindestumsatz netto zzgl. MwSt. der letzten 3 Geschäftsjahre muss dabei mindestens \_\_\_\_ Mio. EUR je Geschäftsjahr betragen haben. Bei Bietergemeinschaften wird der Umsatz aller Mitglieder der Bietergemeinschaft addiert.

### III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung zum Firmenprofil gemäß Formblatt Ziffer 9. zur Bewerbung.
- Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl der Führungskräfte in den letzten drei Jahren sowie Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht (Erl.: Technische Fachkräfte in diesem Sinne sind die in dem für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Bereich qualifizierten Mitarbeiter). Für die Erklärung ist das Formblatt Ziffer 10. zur Bewerbung zu verwenden. Ferner ist auf einem gesonderten Beiblatt die jeweilige Qualifikation und Berufserfahrung der technischen Fachkräfte zu benennen, die für die Leistungserbringung eingesetzt werden sollen. Bei einem Austausch der Mitarbeiter im Laufe des Projektes müssen auch die jeweils ersetzenden technischen Fachkräfte über vergleichbare Qualifikationen und Berufserfahrung im Vergleich zu dem ersetzten Mitarbeiter verfügen!

Es müssen mindestens \_\_\_\_ Vollzeitäquivalente mit technischen Fachkräften in vorbeschriebenem Sinne eingesetzt werden. (Erl: Das Vollzeitäquivalent gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Belegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben. Beispiel: Ein Vollzeitbeschäftigter 40 Stunden/Woche, 2 Teilzeitbeschäftigte mit je 20 Stunden/Woche =  $40 + 20 + 20$  ./:  $40 = 2$  Vollzeitäquivalente).

- Darstellung der Referenzen gemäß Referenzliste in Formblatt Ziffer 11. zur Bewerbung mit Darstellung der in den letzten drei Jahren erbrachten, mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand und Auftragsvolumen vergleichbaren Leistungen bzw. durchgeführten Maßnahmen (auch Aufnahme der zurzeit laufenden, aber noch nicht vollständig erfüllten Aufträge) mit Angaben zum Wert, des Zeitraumes der Leistungserbringung sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Es sind mindestens 3 vergleichbare Referenzen zu benennen.

- Benennung der Teile des Auftrages, die unter Umständen an Unteraufträge an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen gemäß Formblatt Ziffer 12. zur Bewerbung, falls die Beauftragung von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist. Wenn der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung eines Auftrages der Fähigkeiten anderer Unterauftragnehmer zu bedienen (Eignungsleihe), muss er dem Auftraggeber hinsichtlich der Eignung (finanzielle, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung) für den Unterauftragnehmer nachweisen, dass diese in der Person des Unterauftragnehmers gegeben ist. Er hat dann entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unterauftragnehmer gemäß Formblatt Ziffer 13. der Bewerbung vorzulegen. Hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit ist gemäß Vorgabe im Formblatt Ziffer 13. im Falle der Eignungsleihe zu bestätigen, dass die Unternehmen gemeinschaftliche für die Vertragsdurchführung haften. Bei der Bildung von Bewerbergemeinschaften: Beschreibung der Aufgabenteilung bzw. Auftragsanteile sowie Vorlage der sämtlicher unter Ziffer 7. geforderter Erklärungen für alle Unternehmen der Bewerbergemeinschaft sowie Vorlage einer Eigenerklärung über die Bildung einer Bietergemeinschaft und die gesamtschuldnerische Haftung sowie Benennung eines bevollmächtigten Vertreters gemäß Formblatt Ziffer 14. zur Bewerbung. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Alternativ zu den vorgenannten Nachweisen steht es den Bewerbern frei, eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung entsprechend § 50 VgV vorzulegen, wobei ebenso die Mindestanforderungen erfüllt werden müssen und sämtliche Angaben zu machen sind, die nach Ziffer 7.1 vorgegeben werden. Die Vergabestelle behält sich entsprechend § 50 Abs. 2 VgV vor, bei Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung sämtliche geforderten oder fehlenden Unterlagen nachzufordern.

Spätestens vor Zuschlagserteilung fordert die Vergabestelle den Bieter, an den er den Auftrag vergeben will, dazu auf, die entsprechenden Unterlagen zum Nachweis der Angaben im Rahmen der Eigenerklärung beizubringen. Hierzu gehören insbesondere die Vorlage eines testierten Jahresabschlusses, der die angegebenen Umsatzzahlen bestätigt sowie entsprechende Nachweise über das Bestehen der Berufshaftpflicht und Vermögensschadenversicherung in entsprechender Höhe der Eigenklärung. Nach Bedarf werden auch weitere Unterlagen etwa zum Nachweis der angegebenen Mitarbeiterzahl etc. angefordert. Das gilt gleichermaßen für die angegebenen Unterauftragnehmer und Mitglieder einer Bergergemeinschaft. Die Vergabestelle behält sich zudem vor, bei Unklarheiten oder Zweifeln über die Richtigkeit von Angaben die entsprechenden Unterlagen bereits im Rahmen der Eignungsprüfung anzufordern.

Die Nichtvorlage etwa angeforderter Unterlagen bzw. dabei festgestellte Abweichungen von den gemachten Angaben können zum Ausschluss vom weiteren Verfahren bzw. von der Wertung führen.

### III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

#### III.2) **Bedingungen für die Konzession**

##### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

##### III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

Die Auswahl der Bewerber für das Verhandlungsverfahren erfolgt anhand der vorab bzw. den in der Bewerbung vorgegebenen Nachweisen und Erklärungen. Werden sämtliche Nachweise und Erklärungen in der vorgegebenen Form unter Einhaltung der vorgegebenen Mindestkriterien gemacht bzw. erbracht, wird der Bewerber als geeignet betrachtet, sofern nicht sonstige Ausschlussgründe (z.B. nach §§ 123, 124 GWB) entgegenstehen. Erfüllt ein Bewerber hingegen nicht die Mindestvorgaben an die Eignung, erfolgt der Ausschluss vom weiteren Verfahren. Im Übrigen müssen Bewerber, die die geforderten Erklärungen nicht oder nicht in der geforderten Form vorlegen, ggf. nach Nachforderung im Rahmen des rechtlich zulässigen entsprechend § 56 VgV, mit einem Ausschluss vom weiteren Verfahren rechnen.

##### III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

### **Abschnitt IV: Verfahren**

#### IV.2) **Verwaltungsangaben**

##### IV.2.2) **Schlussstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**

Tag: 04/06/2018

Ortszeit: 15:00

##### IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

#### VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

#### VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

#### VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 100

Karlsruhe

76137

Deutschland  
Telefon: +49 7219260

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Antragsteller hat einen von ihm festgestellten Verstoß gegen Vergabevorschriften nach Erkennen unverzüglich zu rügen. Lehnt die Vergabestelle es ab, der Rüge abzuweichen, so muss der Antragsteller innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, dieser Rüge nicht abzuweichen, den Antrag auf die Einleitung eines Vergabenachprüfungsverfahrens stellen (vgl. § 160 GWB).

Die Vergabestelle wird vor Zuschlagserteilung die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollten, hiervon in Textform in Kenntnis setzen. Ein Vertrag darf erst 15 Tage nach Absendung dieser Information, bei Mitteilung durch Fax oder auf elektronischem Wege erst 10 Kalendertage nach der Absendung dieser Information geschlossen werden (vgl. § 134 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe  
Durlacher Allee 100  
Karlsruhe  
76137  
Deutschland  
Telefon: +49 7219260

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**